



22.041

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2023
mit integriertem Aufgaben- und
Finanzplan 2024–2026**

**Budget de la Confédération 2023
assorti du plan intégré
des tâches et des finances 2024–2026**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

**1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten
1. Budget des unités administratives**

**Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication**

*810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement*

Antrag der Mehrheit
A236.0121 Umwelttechnologie
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)
A236.0121 Umwelttechnologie
Fr. 5 795 100

Proposition de la majorité
A236.0121 Technologies environnementales
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz,



Schneider Schüttel, Trede, Wyss)
A236.0121 Technologies environnementales
Fr. 5 795 100

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für die Verpflichtungskredite und Artikel 5 im Bundesbeschluss Ia sowie für Artikel 2 Buchstabe y im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 22.041/25751)
Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 84 Stimmen
(1 Enthaltung)

Block 4 – Bloc 4

Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Sicherheit
Prévoyance sociale, santé et sécurité

Wettstein Felix (G, SO): Ich beantrage Ihnen, den Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) auf der bisherigen Höhe von 830 000 Franken zu belassen und nicht auf 500 000 Franken zu kürzen. Das ist ein kleiner Betrag im Verhältnis zu dem, worüber wir sonst diskutieren. Worum geht es?

Der Bundesbeitrag an das SRK gründet auf einen Bundesbeschluss von 1951. Dieser Beschluss bestimmt auch den Verwendungszweck, nämlich die Umsetzung der Genfer Abkommen betreffend den Schutz der Kriegsoffer. Das ist jetzt wichtig: Zu diesem Verwendungszweck gehört die Bereitschaft, im Bedarfsfall den Sanitätsdienst der Armee zu unterstützen, ebenso gehören Blutspendedienste für zivile und militärische Zwecke dazu.

Im Jahr 2015 wurde der Beitrag des Bundes an das SRK mittels eines Bundesratsbeschlusses bekräftigt und erneuert. Wenn dieser Beitrag nun reduziert und danach ganz abgeschafft werden soll, dann setzt dies nach unserer Interpretation einen erneuten Beschluss des Bundesrates voraus, welcher den Entscheid von 2015 aufhebt.

Auslöser der aktuell geplanten schrittweisen Reduktion des Beitrags 2023 und 2024 und seiner vollständigen Aufhebung ab 2025 war die Subventionsüberprüfung im EDI, welche Ende des letzten Jahres durchgeführt wurde. Dabei hat man festgestellt, dass der Beitrag an das SRK jährlich auf der Basis des Jahresberichtes entrichtet wird, "ohne dass konkrete Leistungen vereinbart werden oder eine Überprüfung stattfindet". Das würde nicht der gängigen Praxis von Subventionsausrichtungen entsprechen.

Letzteres trifft zweifellos zu. Die korrekte Antwort wäre allerdings nicht die Abschaffung des Bundesbeitrags, sondern die Ausformulierung und Vereinbarung eines konkreten Leistungsauftrags, abgeleitet aus dem eingangs erwähnten Bundesbeschluss. Das sollte im Verlauf des Jahres 2023 geschehen können. Darauf möchte ich mit diesem Minderheitsantrag hinwirken, denn in der Tat wären diese wichtigen Leistungen des SRK – die Organisation des Blutspendedienstes und die Unterstützung des Sanitätsdienstes der Armee – Basis für eine zeitgemässe Leistungsvereinbarung.

Ich bitte Sie, meine Minderheit zu unterstützen.

Egger Mike (V, SG): Ich spreche zu meiner Minderheit beim BAG: Der Bundesrat hat die Beschaffung eines Impfstoffes gegen die Affenpocken beschlossen. Der Bund hat 40 000 Dosen beschafft, zusätzlich 60 000 Impfdosen für die Armee – Kostenpunkt: rund zusätzliche 9,05 Millionen Franken. Seit März 2021 gab es gemäss der offiziellen Stelle des Bundes rund 546 bestätigte Fälle von Affenpocken. Es ist zwar rühmlich, dass der Bund versucht, schnell zu reagieren. Aber weitere Ausgaben in diesem Bereich sind aus unserer Sicht nicht zielführend, denn die Privatwirtschaft kann das Ganze sehr gut sicherstellen. Wir sollten hier nicht den Staat als Medikamentenbeschaffer auftreten lassen, sondern jene Unternehmen, die darauf spezialisiert sind. Alles andere stärkt aus unserer Sicht die Pharmakonzerne und deren Profite und hebt den Markt aus. Ich bitte Sie, meine Minderheit entsprechend zu unterstützen.

Trede Aline (G, BE): Wir sind schon einige Stunden an der Budgetdebatte, und wir haben von der rechten Ratsseite nun schon oft gehört, dass wir verlernt hätten, haushälterisch mit den Bundesfinanzen umzugehen. Wir sollten das grosse Ganze sehen, hören wir; alle Warnrufe von rechts seien einfach verpufft und hätten nichts gebracht, wir sparten hier nicht, sondern wir gäben einfach nur weniger aus. Wir haben sehr viele Dinge



gehört, und Sie haben ja recht. Aber jetzt, wo wir über die Armee sprechen, hören wir all dies nicht mehr. Diese Budgeterhöhung für die Armee war angesichts des Angriffskrieges eine Art Verzweiflungsakt. Die Mehrheit des Parlamentes hatte das Gefühl, wir müssten etwas tun, müssten gegen aussen zeigen, dass wir bereit sind, etwas zu tun. Das Einfachste war eine Budgeterhöhung, war es, Finanzen für die Armee zu sprechen. Meine Minderheit stellt einen Kürzungsantrag. Wie Herr Schwander sagte: Es wird mit diesem Antrag eben nicht gespart, sondern es wird einfach weniger zusätzliches Geld

AB 2022 N 2006 / BO 2022 N 2006

ausgegeben. Die Armee hat immer noch genug Mittel, um ihre Aufgaben richtig und gut wahrzunehmen. Ich glaube, es war die falsche Entscheidung. Die Mehrheit des Parlamentes hat die Erhöhung damals beschlossen, das ist zu akzeptieren. Wir wussten damals aber nicht, was das finanzpolitisch heisst, es war auch nicht klar, wofür das Geld ausgegeben würde. Ich wiederhole mich, ich weiss; ich habe hier auch schon die Minderheit gegen die Mörser vertreten. Ich werde Ihnen nun doch noch einmal aus dem sicherheitspolitischen Bericht des VBS, also unserem sicherheitspolitischen Bericht, vorlesen, was wirklich die Bedrohungen sind und welche Schwerpunkte die Armee unter anderem setzen möchte:

1. Stärkung der Früherkennung von Bedrohungen und Krisen;
2. verstärkte Ausrichtung auf hybride Bedrohungen inklusive Modernisierung der Mittel der Armee;
3. weitere Stärkung des Schutzes vor Cyberbedrohungen;
4. Massnahmen gegen Desinformation und Beeinflussung;
5. Stärkung von Resilienz und Versorgungssicherheit.

Wenn wir nach diesen Punkten handeln würden, würden wir die Erhöhung nicht einfach so durchwinken. Wir haben bereits bei der Armeebotschaft beschlossen, dass wir nicht wirklich eine Modernisierung der Armee vornehmen.

Ich bitte Sie, die Finanzen nicht zu erhöhen, nur weil wir damals nicht genau wussten, in was wir investieren, und weil wir unserem eigenen sicherheitspolitischen Bericht nicht gerecht werden.

Guggisberg Lars (V, BE): Geschätzte Kollegin Trede, ich verweise auch hier auf den Zusatzbericht des Bundesrates vom 18. Oktober 2022. Sind Sie denn auch bereit, die Zusatzkosten, die die Gegenvorschläge zur Gletscher-Initiative und zur Prämiensenkungs-Initiative im Umfang von über 2 Milliarden Franken verursachen – fast doppelt so viel wie die Armee-Zusatzausgaben –, gegen unten zu korrigieren und hier Federn zu lassen?

Trede Aline (G, BE): Wissen Sie, was wir ja jetzt aus dieser Situation gelernt haben, ist, dass Energiepolitik eben auch Sicherheitspolitik ist. Hier sagen wir zum Beispiel, dass der Spielraum bei der Armee sehr gross ist und dass wir deshalb nach unten korrigieren können. Umgekehrt ist aber alles, was wir in den Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative investieren, auch sicherheitspolitisch relevant. Darum müssten Sie dafür sein.

Egger Mike (V, SG): Kollegin Trede, Sie haben mich nun ein wenig herausgefordert. Sie haben gesagt, Energiepolitik sei Sicherheitspolitik. Haben Sie bei der Energiestrategie 2050 nicht der Bevölkerung versprochen, dass diese sicher und günstig sei?

Trede Aline (G, BE): Schauen Sie, wir sind im Moment zu stark abhängig von fossilen Energien. Das ist das Problem, wir machen uns von autokratischen Staaten abhängig. Die aktuelle Situation mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat das so klar aufgezeigt, dass sogar Sie es begriffen haben.

Wenn wir jetzt diese Situation haben und sehen, wo wir wirklich verletzlich sind, wo wir abhängig sind, wo wir angreifbar sind, dann ist das auch ein Bereich, in den wir investieren müssen. Deshalb müssen Sie auch beim Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative aufhören, Unterschriften zu sammeln, und zustimmen.

President (Candinas Martin, president): (*discurra sursilvan*) Il pled per sias minoritads ha dunna Wyss. Ella discurra er gist per la fracziun socialdemocratica.

Wyss Sarah (S, BS): Ich werde zuerst zu meinem Minderheitsantrag sprechen und danach gleich das Votum für die SP-Fraktion anführen.

Um es vorwegzunehmen: Ich halte die Verknüpfung von BIP und Armeeaussgaben so wenig sinnvoll wie die Verknüpfung von Gesundheitskosten mit dem Wirtschaftswachstum. Wie auch Gesundheit ist die Sicherheit ein elementares Bedürfnis, und es muss nicht im Einklang stehen mit dem Wachstum der Wirtschaft: Es kann geringer sein, es kann auch höher sein. Deshalb habe ich damals den Antrag auf Ad-hoc-Schnellaktionen zum Armeebudget bekämpft. Auch meine Vorrednerin hat gesagt, dass diese 300 Millionen Franken nicht



sinnvoll seien, und hat mit ihrer Minderheit Trede einen Antrag gestellt. Wir unterstützen die Minderheit Trede selbstverständlich.

Der Antrag meiner Minderheit betrifft aber nicht das Budget 2023, sondern den Finanzplan. Anders als der vorherige Minderheitsantrag ist es kein Kürzungsantrag. Nicht, dass ich nicht gerne kürzen würde, aber irgendwie scheint es mir nicht realistisch, die Armeeausgaben längerfristig nicht so stark wachsen zu lassen. Deshalb möchte ich mit meinem Antrag Transparenz, und zwar über die Armeeausgaben. Deshalb verlangt mein Antrag, dass die gesamten Ausgaben der Armee – also auch jene von Armasuisse, Armasuisse Immobilien und Armasuisse Wissenschaft und Technologie – zum Armeebudget hinzugezählt werden und dass dann auf Basis dieser Zahlen der Wachstumspfad von 1 Prozent des BIP berechnet wird. Dies verlangt mein Antrag, auch wenn ich – und das möchte ich hier betonen – diesen Wachstumspfad für wenig sinnvoll halte.

Dieser Minderheitsantrag ist also ein Antrag auf Transparenzverbesserung und auf Kostenwahrheit. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

Zur Minderheit Trede: Kollegin Trede hat es genau richtig gesagt. Die Armeeausgaben steigen, und sie steigen auch, wenn der Antrag der Minderheit Trede angenommen wird; sie steigen auch, wenn der Einzelantrag Pointet angenommen wird. Wir haben das 2019 hier drin beschlossen. Es gibt bei den Armeeausgaben einen Wachstumspfad von 1,4 Prozent, und dieser wurde bislang auch eingehalten. Weshalb wir nicht diese erneute Ad-hoc-Erhöhung von 300 Millionen Franken, sondern die Minderheit Trede unterstützen, hat vier Gründe:

Erstens gehen die Beschaffungen länger, und der heutige Krieg gegen die Ukraine hat darauf wenig Einfluss. Zweitens bezweifle ich, dass eine Aufrüstung uns mittelfristig mehr Sicherheit gibt und dem dient, was wir uns alle wünschen, nämlich Frieden.

Drittens hat die Armee – das wurde auch schon mehrmals gesagt – Kreditreste in Millionenhöhe, und diese sollen zuerst genutzt werden, bevor zusätzliches Geld gesprochen wird.

Viertens, und das ist mir wirklich ein Anliegen, müssen Projekte gut vorbereitet werden, auch was das finanzielle Ausmass anbelangt. Nehmen wir den Fall von letzter Woche: Es wurde bekannt, dass das IT-Projekt der Luftüberwachung mehr als doppelt so teuer wird; es kostet anstatt 140 Millionen Franken 300 Millionen Franken. Da setze ich schon Fragezeichen. Ich erwarte wirklich eine bessere Vorbereitung und Planung, auch wenn wir natürlich noch die Untersuchung abwarten müssen. Planungsfehler in diesem Ausmass dürfen nicht geschehen; weder fördern sie das Vertrauen, noch vereinfachen sie es uns, einer so massiven Erhöhung des Budgets zuzustimmen.

Ich bitte Sie also aus diesen vier Gründen, dem Minderheitsantrag Trede zuzustimmen. Auch den Einzelantrag Pointet, der in die gleiche Richtung zielt, das Budget aber einfach ein bisschen weniger stark wachsen lässt, unterstützen wir natürlich.

Ich möchte hier nochmals betonen: Mit dem Antrag der Minderheit Trede und dem Einzelantrag Pointet steigt das Armeebudget weiterhin. Sie bedeuten keine Kürzung des Armeebudgets, sondern weiterhin eine Steigerung.

Jetzt noch kurz zum Antrag der Minderheit Egger Mike: Sie beantragt eine Kürzung beim Nachtragskredit betreffend die Affenpocken. Ja, man kann finden, dass die Beschaffung von Impfstoffen und Therapeutika nicht Sache des Bundes ist und dass das eher über die Krankenkassen laufen müsste. Angesichts der doch nicht ganz einfachen Beschaffung sind wir aber dankbar, dass der Bund sich dieser Sache angenommen hat. Diese Impfung ist wichtig für die Betroffenen, inhaltlich ist diese Kürzung deshalb für uns nicht tragbar.

AB 2022 N 2007 / BO 2022 N 2007

Zur Minderheit Wettstein kann ich sagen, dass die SP-Fraktion die Meinung teilt, dass das Schweizerische Rote Kreuz sehr wichtige Arbeit leistet. Wir sind aber bezüglich Abstimmung unterschiedlicher Meinung, ob das heutige Subventionsgesetz diesen Beitrag erlaubt oder nicht. Grundsätzlich erachten wir aber die Arbeit des Roten Kreuzes als sehr wichtig.

Ich bitte Sie also, vor allem die Minderheit Trede und den Einzelantrag Pointet zu unterstützen und ansonsten der Mehrheit zu folgen.

Matter Michel (GL, GE): Les Vert'libéraux soutiennent la Croix-Rouge suisse et sa si importante activité. Nous en resterons, comme la majorité, à la proposition du Conseil fédéral, car la révision des subventions est réglée par la loi sur les finances. La contribution fédérale destinée à la Croix-Rouge suisse est de 500 000 francs. Il n'en reste pas moins que les subventions reposent sur un arrêté fédéral de 1951 concernant la Croix-Rouge suisse, qui semble être une base légale insuffisante à long terme. Il est à relever que la Confédération soutient particulièrement le Comité international de la Croix-Rouge, basé à Genève.

Concernant la proposition de la minorité Egger Mike relative au vaccin contre la variole du singe, les Vert'li-



béraux soutiendront la majorité de la commission, soit la possibilité d'agir face à un problème sanitaire aigu. Nous devons être aux côtés de la population qui souhaite se protéger avec un vaccin efficace contre cette maladie. Tout cela a pris du temps, mais l'important est de pouvoir protéger la population. La minorité Egger Mike constitue, de fait, un non-sens.

Dans le domaine de la défense, les Vert'libéraux rejeteront la proposition de la minorité Trede, car elle correspond à une baisse linéaire et globale de 300 millions de francs. Nous soutiendrons la proposition Pointet, car elle s'inscrit dans l'objectif d'avoir une armée modernisée, bien équipée et agile, dont le budget doit être adapté en fonction de projets d'acquisition clairement définis et uniquement dans ce cadre. Les Vert'libéraux soutiennent l'augmentation de 1,4 pour cent du budget de l'armée, comme c'est prévu dans le cadre du projet Air 2030, et ils sont prêts à discuter de moyens supplémentaires pour des projets spécifiques. Aux finances, il n'y a aucun chèque en blanc.

Schilliger Peter (RL, LU): Die FDP-Liberale Fraktion wird überall die Mehrheit unterstützen und folgt damit dem Entwurf des Bundesrates zum Voranschlag 2023. Sie wird auch die Nachtragsmeldungen des Bundesrates unterstützen.

Vielleicht drei, vier Gedanken zu den Anträgen: Die heutige Deklaration des Beitrages an das Schweizerische Rote Kreuz wurde ja aufgrund einer Subventionsanalyse neu beurteilt. Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir solche Analysen im Budget sofort korrigieren würden. Vielleicht muss man nun Erfahrungen sammeln, vielleicht muss man dann im kommenden Jahr neue Akzente setzen. Ich glaube, das wäre dann nicht falsch.

Zur Frage der Beschaffung von Impfstoffen gegen Affenpocken: Ja, es ist unschön, dass der Bund diesen Auftrag erhält, aber wir haben bei der Covid-Impfstoffbeschaffung lernen müssen, dass gewisse Impfmittel halt nur zentral beschafft werden können. Hier muss der Bund den Lead übernehmen. Ich bin dann aber der Meinung, dass diese Kosten weiterverrechnet werden können. Wenn ich mich richtig an die Verhandlungen erinnere, wird dies auch so erfolgen. Einen Auftrag des Bundes können wir aber leider nicht abwenden, wenn wir die Impfstoffe wollen.

Zur Kürzung bei der Rüstungsbeschaffung: Ich hatte eine kleinere Erhöhung des Betrags beim Programm Energie Schweiz eingefordert. Da wurde am Rednerpult etwa fünfmal deklariert, es könne doch nicht sein, dass man Stop-and-go mache. Aber wenn wir nun sagen, dass wir die Mittel in der Rüstungsbeschaffung um 300 Millionen Franken kürzen, dann machen wir doch genau das Gleiche. Sie verlangen in einem Einzelbereich, der Ihnen weniger sympathisch ist, eine Reduktion von 300 Millionen Franken, wie dies Frau Trede ausgeführt hat. Ja, Kürzungen mache ich in der Regel sehr gerne. Man muss sie dann aber überall mittragen und überall mitvollziehen. Man soll nicht überall ein Stop-and-go monieren und selbst dann eines betreiben.

Zur Frage der Transparenz im Finanzplan und der Armeeausgaben für die Verteidigung: Ich glaube, der Ansatz ist grundsätzlich richtig, dass wir bei den Ausgabenplanungen und bei den Vorgaben überall Effizienz und Transparenz einverlangen. Auch hier gilt es für mich, überall das Gleiche zu vollziehen. Ich meine, der Bundesrat wird sich dieser Frage in der Beratung, wie die Finanzplanung ab 2024 aussieht, annehmen müssen. Alle Wünsche werden wir kaum einbeziehen können. Ich bin mir bewusst, dass es Kürzungen geben wird. Im Moment Einzelpositionen im Finanzplan einzufordern, ist der falsche Ansatz. Wir müssen die Gesamtvorlage haben.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen und die FDP-Fraktion zu unterstützen.

Gmür Alois (M-E, SZ): In diesem Block hat es drei Nachmeldungen: Es sind dies 6 Millionen Franken für Arzneimittel und Impfleistungen im Zusammenhang mit Covid sowie die Mittel für die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV. Diese Begehren sind allesamt in der Mitte-Fraktion nicht bestritten.

Es braucht ebenfalls den Impfstoff gegen Affenpocken, und ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag Egger Mike abzulehnen.

Die Minderheit Wettstein möchte den Bundesbeitrag von 500 000 Franken an das Schweizerische Rote Kreuz um 330 000 Franken auf 830 000 Franken aufstocken. Im Rahmen der Subventionsüberprüfung wurde festgestellt, dass die Subventionen an das Schweizerische Rote Kreuz zurückgefahren werden können. Konkrete Leistungen wurden für diese Subventionen nicht vereinbart. Die Mitte-Fraktion findet es richtig, Subventionen an konkrete Leistungen zu binden. Im Fall des Schweizerischen Roten Kreuzes ist dies nicht mehr gegeben. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Beiträge an das Schweizerische Rote Kreuz schrittweise zurückgefahren werden können. Wir unterstützen den Bundesrat in seinem Vorgehen, die Notwendigkeit von Subventionen immer wieder zu hinterfragen und sie allenfalls zu reduzieren oder abzuschaffen. Wir bitten Sie deshalb, den Minderheitsantrag Wettstein abzulehnen.

Eine Minderheit Trede will beim VBS bei der Verteidigung die Aufstockung um 300 Millionen Franken rück-



gängig machen. Das Parlament hat die Erhöhung der Armeeaussgaben um 300 Millionen Franken mit der Armeebotschaft beschlossen. Die Mitte-Fraktion akzeptiert die Beschlüsse des Parlamentes und will diese nicht rückgängig machen. Die Modernisierung der Armee ist zügig voranzutreiben. Wir setzen uns für eine bessere Ausrüstung ein und wollen bestehende Lücken in der Armee so schnell als möglich schliessen. Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag Trede abzulehnen.

Die Minderheit Wyss will den Ausgangspunkt für die linearen Erhöhungen der Armeeaussgaben im Finanzplan neu berechnen und sogenannte Transparenz schaffen. Auch hier ist die Mitte der Ansicht, dass das Parlament den Wachstumspfad für das Armeebudget auf Basis der bisherigen Armeeaussgaben beschlossen hat. Dies hat sich bewährt, eine Änderung drängt sich nicht auf. Das Parlament will die Armee modernisieren, um den Schutz der Bevölkerung besser zu gewährleisten. Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag Wyss abzulehnen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie, bei diesem Block der Minderheit Egger Mike zu folgen und ansonsten den Anträgen der Mehrheit zuzustimmen.

Zwei Bemerkungen zu den Impfstoffen gegen Affenpocken: Es ist gesagt worden, die Beschaffung sei nicht einfach, darum müsse der Bund beschaffen. Das stimmt so nicht, lesen Sie die Unterlagen dazu! Die Hersteller dieser Impfstoffe weigern sich, in der Schweiz ein Gesuch um Zulassung zu stellen. Sie weigern sich, diesen Schritt zu machen, demzufolge sind die Impfstoffe von Swissmedic nicht zugelassen. Nun sollen die Impfstoffe von der Armeeeapotheke beschafft werden. Es ist eine Tatsache, deshalb wehrt sich die SVP gegen diese Position: Es ist Aufgabe der Hersteller, bei Swissmedic ein Gesuch auf Zulassung zu stellen, dann können sie die

AB 2022 N 2008 / BO 2022 N 2008

Impfstoffe über die Ärzte und Spitäler verkaufen. Das ist das Problem, deshalb lehnen wir diesen Kredit ab! Zur Armee: Kollegin Trede hat gesagt, dass wir hier viel Spielraum hätten, dass wir nicht sparen, sondern weniger ausgeben würden. Im Kern stimmt das, in der Armee hätten wir diesbezüglich Spielraum, sofern die Mehrheit von National- und Ständerat die Armee in den letzten dreissig Jahren gestärkt hätte. Doch mit der bürgerlichen Mehrheit wurde die Armee in den letzten dreissig Jahren fortlaufend geschwächt: über die Armee 95, über den Entwicklungsschritt 2008/11, über die Armee XXI. Deshalb müssen wir hier jetzt aufrüsten. Angesichts des Ukraine-Krieges fordern nun auch alle, dass wir aufrüsten. Dem ist tatsächlich so, trotzdem appellieren wir von der SVP an die Adresse der Armee: Beschaffen Sie nur Rüstungsgüter, die truppen- und allwettertauglich sind und die sich IKT-mässig in das Gesamtsystem integrieren lassen! Es geht nun nicht darum, in Hauruckübungen Material zu beschaffen, das sich in der Folge IKT-mässig nicht integrieren lässt. Dadurch würden letztlich Mehrkosten entstehen, was wir in den vergangenen paar Monaten auch schon erlebt haben.

Zusammenfassend: Bitte folgen Sie dringend der Minderheit Egger Mike, weil die Beschaffung der Impfstoffe Lug und Trug ist. Die Hersteller könnten jederzeit das entsprechende Gesuch stellen, und die Patientinnen und Patienten hätten die Impfstoffe.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich nehme kurz Stellung zu den Anträgen in Block 4.

Wir haben den Minderheitsantrag Wettstein, der beim Schweizerischen Roten Kreuz eine Aufstockung von 330 000 Franken möchte. Hier möchte ich einfach darauf hinweisen, dass wir mit dem Schweizerischen Roten Kreuz in verschiedensten Bereichen eng zusammenarbeiten und die Leistungen entsprechend abgelten. Es sind insgesamt vier Departemente, die mit dem Roten Kreuz zusammenarbeiten. Die sozusagen allgemeine Spende ist nicht kompatibel mit unserem Subventionsgesetz. Der Bundesrat ist daher der Meinung, dass wir uns auf die 500 000 Franken beschränken müssen. Wenn Sie dem Antrag der Minderheit Wettstein folgen würden, dann würden Sie gegen unser Subventionsgesetz verstossen, ebenso wie gegen den Auftrag, zu überprüfen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Wettstein abzulehnen.

Zum Minderheitsantrag Egger Mike in Bezug auf die Affenpocken: Hier befinden wir uns wieder in der gleichen Diskussion, wie wir sie seit nunmehr drei Jahren führen. Der Bundesrat ist der Meinung, dass der Impfstoff vorsorglich bestellt und beschafft werden muss; der Kredit wurde von der Finanzdelegation auch entsprechend bewilligt. Das ist eine Vorsichtsmassnahme, die in diesem Fall aber nicht allzu viel kostet. Ich glaube, dass man das durchaus verantworten kann.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Egger Mike abzulehnen.

Dann haben wir die Minderheitsanträge Trede und Wyss sowie den Einzelantrag Pointet in Bezug auf die Armee. Hier möchte ich noch einmal auf den Unterschied zwischen Verpflichtungs- und Zahlungskredit hin-



weisen. Die Armee verpflichtet sich aufgrund Ihrer Beschlüsse, Güter zu beschaffen, und der Bundesrat stellt das nachher im Budget ein. Wenn Sie also hier kürzen, dann können wir Zahlungen nicht leisten, die wir vertraglich eingegangen sind. Wenn Sie bei der Armee mitsprechen wollen, dann müssten Sie jeweils bei den Verpflichtungskrediten Einsprache erheben. Was aber hier im Budget eingestellt ist, das sind Verpflichtungen, die bereits eingegangen worden sind.

Die Frage der Höhe des Armeebudgets werden Sie immer wieder diskutieren können. Insgesamt ist der Bundesrat aber überzeugt, dass die Armee mehr Mittel braucht. Wir gehören zu den Ländern, die, gemessen am Bruttoinlandprodukt, am wenigsten für die Sicherheit ausgeben. Die Armee braucht mehr Mittel, um ihren Auftrag entsprechend erfüllen zu können. Was die Armee braucht und was nicht, werden Sie – und das ist die Begründung der Ablehnungsempfehlung – jeweils mit den Armeebotschaften bestimmen können. Die Aufstockung, die Sie bereits beschlossen haben, wird der Bundesrat im Laufe der nächsten Jahre aber einstellen. Es wird zahlungsmässig wahrscheinlich eine Verzögerung geben, weil Rüstungsbotschaften von Ihnen bewilligt werden müssen und die Zahlungskredite dann entsprechend länger gehen.

Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge Trede und Wyss sowie den Einzelantrag Pointet abzulehnen. Die Armee braucht diese Mittel und ist diese Verpflichtungen aufgrund der von Ihnen bewilligten Botschaften eingegangen.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Beim Generalsekretariat des EDI will die Minderheit Wettstein den Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz um 330 000 Franken für das Jahr 2023 und um je 830 000 Franken für die Jahre 2024 bis 2026 erhöhen. Die Finanzkommission hat den Antrag Wettstein mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, weil eine Überprüfung der Subventionen ergeben hat, dass der Bundesbeschluss von 1951 keine genügende Rechtsgrundlage ist, um die Subventionen auf längere Zeit zu legitimieren.

Im Bundesamt für Gesundheit gibt es eine Nachmeldung des Bundesrates in der Höhe von 6 Millionen Franken für die vom Bund zu finanzierenden Covid-19-Impfleistungen im Jahr 2023. Es geht um Leistungen der Apotheken, die nicht von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden.

Beim Nachtrag II zum Voranschlag 2022 will die Minderheit Egger Mike den Funktionsaufwand beim Bundesamt für Gesundheit um 8,65 Millionen Franken auf 400 000 Franken kürzen. Es geht dabei um Impfstoffe und Arzneimittel gegen Affenpocken. Die Finanzkommission hat den Antrag mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beim Bundesamt für Sozialversicherungen gibt es zwei Nachmeldungen des Bundesrates für die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV. Diese Nachmeldungen waren in der Finanzkommission unbestritten.

Bei der Verteidigung gibt es zwei Minderheitsanträge. Die Minderheit Trede will den Betrag "Rüstungsaufwand und -investitionen" für das Jahr 2023 um 300 Millionen Franken reduzieren. Die Finanzkommission hat diesen Antrag mit 16 zu 9 Stimmen abgelehnt. Das Parlament hat die Erhöhung der Ausgaben für das Jahr 2023 bereits beschlossen.

Der letzte Antrag bei Block 4 betrifft den Finanzplan. Die Minderheit Wyss beantragt, dass der Ausgangspunkt sowie die Erhöhung der Armeeaufgaben im Finanzplan unter Einbezug der Dienstleistungen zugunsten der Armee, welche von weiteren Verwaltungseinheiten erbracht werden, neu berechnet werden. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Armee erbringt nämlich auch sehr viele Leistungen für den zivilen Betrieb, und es ist schwierig, die Leistungen für die Armee und die Leistungen für zivile Zwecke voneinander zu unterscheiden.

Es gibt noch einen Einzelantrag Pointet, der aber in der Finanzkommission nicht behandelt wurde. Dieser Antrag will im Voranschlag 2023 die Beträge bei drei Positionen der Verteidigung reduzieren. Es geht dabei um Reduktionen bei "Funktionsaufwand (Globalbudget)", bei "Investitionen (Globalbudget)" und bei "Rüstungsaufwand und -investitionen".

Im Namen der Finanzkommission bitte ich Sie, jeweils der Mehrheit zu folgen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Au bloc 4, nous avons quatre minorités, trois annonces tardives et une proposition individuelle.

La minorité Wettstein, à la position 301.A231.0362 "Contribution fédérale destinée à la Croix-Rouge suisse", demande d'augmenter de 500 000 francs à 830 000 francs la subvention que l'on donne à la Croix-Rouge suisse. La Commission des finances vous invite, par 17 voix contre 8, à rejeter cette proposition.

La première annonce tardive du Conseil fédéral concerne 6 millions de francs à la position 316.A231.0421 "Covid: médicaments et vaccinations" pour l'acquisition de vaccins contre le Covid-19 pour vacciner les personnes vulnérables. La minorité Egger Mike, à la position 316.A200.0001 "Charges de



fonctionnement (enveloppe budgétaire)", demande, pour l'acquisition des vaccins et moyens thérapeutiques contre la variole au singe, de diminuer de 8,65 millions de francs les 9,05 millions de francs prévus par le Conseil fédéral. Cela laisserait 400 000 francs pour les vaccins précités. La minorité estime que les besoins en vaccin sont surévalués. C'est par 18 voix contre 7 que la proposition défendue par la minorité Egger Mike a été rejetée.

Concernant les annonces tardives aux positions 318/A231.0241 et 318/A231.0245, la première concerne les prestations complémentaires à l'AVS et la seconde les prestations complémentaires à l'AI. Le Conseil fédéral prévoit une augmentation de 20,9 millions de francs du crédit pour les prestations complètes à l'AVS. Cette dernière est destinée à atténuer la cherté de l'énergie pour les personnes à bas revenu. La Commission des finances n'a pas de commentaire à faire à ce sujet. L'annonce tardive au sujet des prestations complémentaires à l'AI porte sur une augmentation de 10,7 millions de francs destinée aux personnes qui bénéficient des prestations complémentaires à l'AI.

La minorité Trede demande une diminution de 300 millions de francs concernant les investissements pour l'armement. La Commission des finances vous propose, par 16 voix contre 9, de la rejeter.

La minorité Wyss, qui demande de recalculer le point de départ et l'augmentation linéaire correspondante des dépenses de l'armée, c'est-à-dire de prendre en compte la totalité des coûts, a été rejetée par la Commission des finances par 16 voix contre 9.

La proposition individuelle Pointet n'a pas été discutée par la Commission des finances. Elle vise également une diminution des montants destinés à l'armée. La Commission des finances n'a pas de commentaire à faire sur cette minorité.

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement des Innern – Département de l'intérieur

301 Generalsekretariat EDI

301 Secrétariat général du DFI

Antrag der Mehrheit

A231.0362 Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Munz, Trede)

A231.0362 Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz

Fr. 830 000

Proposition de la majorité

A231.0362 Contribution fédérale à la Croix Rouge suisse

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Munz, Trede)

A231.0362 Contribution fédérale à la Croix Rouge suisse

Fr. 830 000

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe f im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25752)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

(1 Enthaltung)





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2022 • Dritte Sitzung • 30.11.22 • 08h00 • 22.041
Conseil national • Session d'hiver 2022 • Troisième séance • 30.11.22 • 08h00 • 22.041



316 Bundesamt für Gesundheit
316 Office fédéral de la santé publique

Antrag der Kommission

A231.0421 Covid: Arzneimittel und Impfleistungen

Fr. 6 000 000

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Proposition de la commission

A231.0421 Covid: médicaments et vaccinations

Fr. 6 000 000

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

